

SOLIDARISCH



GEWERKSCHAFTEN UND FEMINISTISCHEN KOLLEKTIVE RUFEN AM 14. JUNI ZUM STREIK. SCHON WIEDER? Ein Blick auf den Stand der Gleichstellung zeigt, warum die Antwort nur «Ja, immer noch und immer wieder!» lauten kann.

Schon wieder streiken am 14. Juni



Manuela Hugentobler, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern und Lehrbeauftragte an der Universität Basel

Eine schwangere Person, die abtreibt, kann in der Schweiz mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft werden. So steht es in Artikel 118 des Strafgesetzbuchs. Auch wenn es seit 20 Jahren nicht zu einer Verurteilung gekommen ist, ist eine Verurteilung weiterhin möglich, wenn die Voraussetzungen für einen straflosen Abbruch nicht erfüllt sind. Der Eingriff muss vor Ablauf der zwölften Woche erfolgen oder nötig sein, um die Gefahr einer schwerwiegenden körperlichen Schädigung oder einer schweren seelischen Notlage abzuwenden.

Es ist in der Schweiz nicht selbstverständlich, dass Schwangere selbstbestimmt über ihren Körper verfügen können. Dies überrascht oft, wenn in Diskussionen über die Einschränkungen des Rechts auf Abtreibung in den USA die Situation in der Schweiz zum Thema wird. Zwar gab es bereits Anfang der 1970er-Jahre Initiativen zur Streichung der Ar-

tikel 118 bis 121 des Strafgesetzbuches. Doch erst 30 Jahre später wurde die Fristenlösung angenommen.

Der Versuch, den Schwangerschaftsabbruch aus dem Leistungskatalog der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zu streichen, scheiterte 2014. Aktuell sind zwei Volksinitiativen hängig, die das Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren noch mehr einschränken wollen: Eine sieht eine zwingende Bedenkzeit für Schwangere vor, die andere will Abbrüche verbieten, sobald der Embryo ausserhalb des Uterus mit medizinischer Hilfe lebensfähig wäre. Die militanten Abtreibungsgegner:innen der Stiftung Zukunft CH finanzieren Babyklappen in Schweizer Spitälern und organisieren den jährlichen «Marsch fürs Läbe», um für die Einschränkung des Rechts auf Abtreibung zu mobilisieren. Derweil wurden letztes Jahr zwei parlamentarische Vorstösse ab-

gelehnt, die eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs forderten.

Feministische Bewegungen als Motor für Veränderung

Fazit: Die feministischen Errungenschaften müssen ständig verteidigt werden. Diese Erfahrung brachte am 14. Juni 2019 mehr als 500000 Frauen, Männer, trans, inter und nicht-binäre Menschen dazu, auf die Strasse zu gehen. Gründe für den nationalen Streik waren noch immer bestehende Lohndiskriminierung, sexualisierte Gewalt, ungleiche Verteilung von Care-Arbeit, Armut, politische Unterrepräsentation, Rassismus, Islamfeindlichkeit und vieles mehr.

Generationen von Feminist:innen organisierten sich für den 14. Juni 2019. Vorbild war der grosse Frauenstreik vom 14. Juni 1991, der die Durchsetzung des Gleichstellungsartikels forderte – exakt zehn Jahre nachdem dieser in die Verfassung aufgenommen worden war. Der Zusammenhang von konkreten rechtlichen Verbesserungen und feministischen Bewegungen wird anhand dieser beiden Streiks überdeutlich.

Alle emanzipatorischen Fortschritte mussten in der Schweiz (und international) politisch, auf der Strasse, in Gerichtssälen und im Parlament erstritten werden. Das Frauenstimmrecht auf Bundesebene wurde nur eingeführt, weil Frauen und solidarische

Männer in mühseliger Kleinstarbeit in einzelnen Kantonen immer wieder Versuche lancierten, das Stimmrecht einzuführen. Nachdem 1971 das Frauenstimmrecht auf Bundesebene in einer zweiten Volksabstimmung angenommen worden war, dauerte es noch bis 1991, bis auch die Appenzellerinnen per Bundesgerichtsentscheid zum kantonalen Stimmrecht kamen.

Auf zum Streik!

Auch heute gibt es viele gute Gründe, am 14. Juni 2023 auf die Strasse zu gehen. Der Ausschuss der UN-Frauenrechtskonvention kritisierte im vergangenen November die Schweiz dafür, dass sie nicht genug für die Gleichstel-

lung tut. Unter anderem empfahl er die sofortige und nachhaltige Behebung von Lohndiskriminierung, die Einführung von Quoten für Entscheidungspositionen, die gezielte Bekämpfung von Geschlechterstereotypen, eine effektive Gesetzgebung gegen sexualisierte Gewalt, Unterstützung und Ausstiegsprogramme von Sexarbeiter:innen oder auch die bessere Vereinbarkeit von Mutterschaft und politischer Arbeit.

Darauf zielen auch die Forderungen für den 14. Juni ab. Nicht zuletzt verlangen Gewerkschaften und feministische Kollektive auch die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Darum: schon wieder streiken!

Die Schweiz hat ein Demokratieproblem

In der Schweiz bezahlen zwei Millionen Menschen Steuern, ohne mitbestimmen zu können. Sie besitzen keinen roten Pass, weil der Weg zum begehrten Dokument einem Hürdenlauf gleichkommt. Mit einer Volksinitiative will die Aktion Vierviertel das ändern, denn gleiche Rechte bilden das Fundament einer modernen Demokratie. Die SP unterstützt die Initiative.



Arber Bullakaj,
Nationalratskandidat SG

«Mit wem lebt der Bär im selben Gehege? Nennen Sie mir die Dorfweizen. Wie oft beten Sie? Wieso laufen Sie mit Trainerhosen durch das Dorf?» Solch absurde Fragen müssen Ausländer:innen in den Einbürgerungsgesprächen beantworten. Das Ziel dieses Vorgehens: gezielte Selektion der neuen Schweizer:innen durch bewusste Spitzfindigkeiten.

Die Schweiz verfügt über eines der restriktivsten Einbürgerungs-

rechte Europas. Dies führt dazu, dass über zwei Millionen Menschen hier Steuern bezahlen, arbeiten und leben, jedoch nichts zu sagen haben. Und wehe, sie rutschen in die Armut ab. Dann droht ihnen sogar nach Jahrzehnten Aufenthalt in der Schweiz die Ausschaffung. Auch mit Blick auf die eidgenössischen Wahlen im Herbst ist es medial kaum ein Thema, dass nur drei Viertel der Schweizer Bevölkerung mitreden dürfen.

Gleiche Rechte für alle

Damit muss Schluss sein. Es ist höchste Zeit für ein Bürger:innenrecht, das den Ansprüchen der Schweizer Demokratie gerecht wird. Die Schweiz braucht einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel: An die Stelle der heute oft willkürlichen und bisweilen schikanösen Verfah-

ren soll ein Anspruch auf Einbürgerung für alle treten, die dauerhaft hier leben. Gleiche Rechte bilden das Fundament einer modernen Demokratie und sind kein Privileg, das man sich als Bittsteller:in verdienen muss.

Deshalb hat der Verein Aktion Vierviertel eine Volksinitiative lanciert. Diese eliminiert die Willkür und die nicht mehr zeitgemässen kantonalen und kommunalen Wohnsitzfristen. An deren Stelle treten objektive und grundsätzlich niederschwellige Bedingungen, die in einem pragmatischen Kompromiss ausgearbeitet wurden.



175 Jahre nach der Gründung der modernen Schweiz und 52 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts ist es höchste Zeit für eine vollwertige Demokratie. Wir müssen die Flucht nach vorne ergreifen. Zeigen wir der Schweiz, dass die SP an vorderster Front kämpft, indem wir für eine Vierviertel-Demokratie Partei ergreifen.

Mehr dazu:

→ www.aktionvierviertel.ch

Auf einen Blick?

Konkret fordert die Initiative, dass Ausländer:innen auf Gesuch hin Anspruch auf Erteilung des Bürgerrechts haben, sofern sie:

- sich seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz aufhalten,
- nicht zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden sind,
- die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden,
- über Grundkenntnisse einer Landessprache verfügen.



KAUFKRAFT-KILLER NUMMER EINS SIND DIE WOHNKOSTEN. Deshalb müssen wir dringend Massnahmen ergreifen, um die unverschämte Umverteilung von unten nach oben zu stoppen.

Notwehr gegen neue La

78 Milliarden Franken – das sind 78 000 Millionen Franken – haben Mieterinnen und Mieter in den letzten 15 Jahren zu viel bezahlt. Die Mieten sind an die Kosten gebunden und von Gesetzes wegen darf nur eine beschränkte Rendite erzielt werden – theoretisch. Wegen der rekordtiefen Zinsen hätten die Mieten darum in den letzten Jahren massiv sinken müssen. Praktisch passierte aber – gesetzeswidrig – das Gegenteil. Die Mieten sind massiv gestiegen und liegen heute rund 40 Prozent zu hoch.

Umverteilung von unten nach oben

Allein im Jahr 2021 haben die Mieter:innen 10,5 Milliarden Franken zu viel hingeblättert. Pro Haushalt ergibt das 370 Franken pro Monat! Das macht die Mieten mit grossem Abstand zum Kaufkraft-Killer Nummer eins.

Wie ist das möglich? Die Hypothekenzinssenkungen wurden teilweise weitergegeben, und – viel schlimmer noch – bei Neuvermietungen nach Umzügen werden die Mieten monatlich um 400 bis 600 Franken erhöht. Völlig leistungsfrei holen sich die Vermieter:innen so schamlos und gesetzeswidrig mehr Rendite. In anderen Worten: Das Geld wird von unten nach oben umverteilt, von den Einkommen der Menschen zu den Kapitaleigentümern. All dies, ohne dass ein Stein auf den anderen gesetzt oder eine Wertschöpfung erzielt worden wäre.

So wurde der Immobilienmarkt zur grössten Umverteilungsmaschinerie von unten nach oben. Er wirkt wie ein riesiger Staubsauger, der den Menschen, die von Lohn und Rente leben, das Einkommen absaugt.

Wer macht das? In Zürich hat sich der Anteil von Wohnungen

im Eigentum von börsenkotierten Immobiliengesellschaften und Fonds in den letzten zwölf Jahren von 24 auf 33 Prozent erhöht. Jeder zweite Börsengang in der Schweiz betrifft eine Immobilien-AG. Ganze Immobilienportfolios werden in neue Immobilienfonds verschoben.

Die Aufweichung der Lex Koller als Grundübel

Nach der Aufweichung der Lex Koller gehören diese Konzerne unter anderem dem globalen Kapital wie BlackRock, JPMorgan Chase, BNP Paribas und Citibank – also den globalen Investmentbanken. So buhlt immer mehr Kapital um den knappen Boden und verteuert alles. Auch das selbstbewohnte Wohneigentum können sich heute nur noch Menschen leisten, die viel erben.

In der Sprache der Wirtschaftskongresse nennt man das einen



Jacqueline Badran,
Nationalrätin ZH



Wir ergreifen Partei für bezahlbare Mieten

Am Parteitag vom 25. Februar 2023 in Freiburg haben die Delegierten das Parteipräsidium mit der Ausarbeitung von Massnahmen beauftragt, um die unverschämte und ungesetzliche Abzockerei der Mieter:innen durch die Immobilienlobby zu stoppen und für bezahlbare Mieten zu sorgen. Zur Debatte stehen zahlreiche Massnahmen, beispielsweise folgende:

- Die zulässige Mietrendite muss wirksam und automatisch in regelmässigen Abständen geprüft werden. Dafür soll eine Revisionspflicht der Mietrenditen eingeführt werden.
- Die Förderinstrumente für gemeinnützige Wohn- und Gewerbeimmobilien müssen ausgebaut werden.
- Es braucht ein Verkaufsverbot von Boden in öffentlichem Besitz sowie ein Vorkaufsrecht für Boden und Immobilien durch die öffentliche Hand.
- Immobilien müssen dem Geldwäschereigesetz unterstellt werden.
- Die Ausnahmen von der Lex Koller müssen rückgängig gemacht werden. Wir müssen anonymes Finanzkapital aus dem Immobilienbereich heraushalten, um die Verteuerung von Mieten und Wohneigentum zu bremsen.

ndvögte

«very unfriendly takeover» – eine sehr unfreundliche Übernahme unseres Wohnraums. Die Immobilienkonzerne agieren wie Landvögte, denen wir den modernen Zehnten abgeben müssen. Das schreit nach Notwehr.

Die 10,5 Milliarden Franken, die Mietende 2021 zu viel bezahlt haben, fehlen den Menschen im Portemonnaie. Sie fehlen den Menschen beim Sparen fürs Alter. Sie fehlen dem Gewerbe und dem Wirtschaftskreislauf.

Was tun?

Was nützt unser Kampf für bessere Löhne und höhere Renten, wenn alles und darüber hinaus durch die Mieten oder das selbstbewohnte Eigentum weggefressen wird? Auf dem parlamentarischen Weg hatten wir bis jetzt keine Chance. Die bürgerliche Mehrheit kümmert sich keinen Deut um die Mietenden. Auch

in den Medien ist das Echo bescheiden.

Wir sind die Partei, die für mehr Kaufkraft sorgen muss. Wir müssen darum dringend die «unfreundliche Übernahme» unseres Wohnraums stoppen, die alle Erwerbungen bei Löhnen und Renten plattwalzt. Darum schalten wir in den Notwehr-Modus und ergreifen Partei für bezahlbare Mieten!

Wohneigentum können sich heute nur noch Menschen leisten, die viel erben.

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

IMPRESSUM SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr auf Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement ist für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Pia Wildberger, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 31 000 deutsch, 9000 französisch. Total: 40 000. Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

SP



Bitte Unterschreiben!

IMMER WIEDER GELANGT DIE SP MIT AUFRUFEN ZUM UNTERSCHREIBEN AN EINE BREITE ÖFFENTLICHKEIT.

Doch welche Initiativen sind derzeit aktuell? Der Überblick.

Pensionskassen-Referendum

Das Pensionskassen-Referendum von SP und Gewerkschaftsbund läuft bis Ende Juni. Letzten Herbst stimmten wir über ein höheres Rentenalter für Frauen ab. Im Vorfeld versprachen bürgerliche Politiker:innen, dass sie die Rentensituation von Frauen und Menschen mit tiefen Einkommen bald verbessern würden. Mit der aktuellen Vorlage zur Pensionskassen-Reform haben sie dieses Versprechen gebrochen. Und nicht nur das: Versicherte sollen mehr bezahlen für weniger Rente. Das schadet ihrer Kaufkraft. Und während die Renten sinken sollen, kassiert die Finanzindustrie gross ab. Sie schröpft jährlich Milliarden aus Verwaltungsgebühren ab – auf Kosten der Versicherten. Wir haben deshalb das Referendum gegen diese ungerechte Vorlage ergriffen.



Hier geht es lang zur Unterschrift:
sp-ps.ch/pensionskassen-referendum

Klimafonds-Initiative: Klima schützen, Versorgung sichern

Der Klimaschutz ist die grösste Aufgabe unserer Generation. Diese Herausforderung können wir nur mit einer gerechten und gemeinschaftlichen Lösung richtig anpacken. Dank der Klimafonds-Initiative stellen wir mit öffentlichen Investitionen unsere Gesellschaft auf erneuerbare Energien um und sichern uns genügend Strom für die Zukunft. So stärken wir unsere Infrastruktur und unser lokales Gewerbe. Das bringt gute Arbeitsplätze und schafft Versorgungssicherheit. Damit befreien wir uns aus der Abhängigkeit von Oligarchen und Autokraten.



Hier können Sie unterschreiben:
sp-ps.ch/kampagne/klimafonds

Initiative für eine Zukunft

Die JUSO fordert mit dieser Initiative die Einführung einer Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen über dem Freibetrag von 50 Millionen Franken. Die so generierten Einnahmen helfen bei der Bewältigung der Klimakrise.



Hier geht's zur Unterschrift:
sp-ps.ch/initiative-fur-eine-zukunft

Zu aktuellen Themen – etwa die CS-Übernahme durch die UBS – lanciert die SP zudem immer wieder Petitionen, die von der ganzen Bevölkerung unterschrieben werden können. Mehr dazu findet sich immer auf der Website der SP Schweiz unter sp-ps.ch.



illustration: Francesca Sanna 

Mitgliedschaft in der Klima-Gruppe

Der Klimaschutz ist die grösste Aufgabe unserer Generation. Wir brauchen eine gerechte und gemeinschaftliche Lösung, um sie richtig anpacken zu können. Dazu gehören massive öffentliche Investitionen in erneuerbare Energien, Infrastruktur und lokales Gewerbe. Das sichert uns Strom für die Zukunft und bringt nachhaltige Arbeitsplätze.

Treten Sie jetzt der Klima-Gruppe bei und setzen Sie sich für unsere klimapolitischen Kampagnen ein. Als Mitglied der Klima-Gruppe werden Sie zur wichtigen Stütze im Kampf gegen die Klimakrise.

In der Klima-Gruppe setzen Sie sich regelmässig mit einem von Ihnen bestimmten Betrag für unsere klimapolitischen Projekte ein. Ihre Mitgliedschaft gibt uns wertvolle Planungssicherheit. Ihre Spenden setzen wir beispielsweise für die Klimafonds- oder die Finanzplatz-Initiative ein. Merci für Ihr Engagement und das Vertrauen!

Bei Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Regula-Sibylle Schweizer

Verantwortliche Dauerspenden bei der SP Schweiz

Jetzt der Klima-Gruppe beitreten:

per Internet: spschweiz.ch/klima-gruppe

per Telefon: 031 329 69 87

oder per E-Mail: regula.schweizer@spschweiz.ch